

Sollen Familienzulagen von der Steuer befreit werden?

ABSTIMMUNG Die CVP will die Kinder- und Ausbildungszulagen von der Steuer befreien. So will sie den Mittelstand und insbesondere Familien stärken. Die Gegner sagen jedoch, die Initiative nütze primär den Reichen.



8. März 2015

Abstimmung

Die CVP hat im Jahr 2012 die Initiative «Familien stärken – Kinder- und Ausbildungszulagen nicht mehr versteuern», eingereicht. Die Initiative will Kinder- und Ausbildungszulagen auf Bundesebene wie auch auf Kantons- und Gemeindeebene von den Steuern befreien.



Ida Glanzmann,
Nationalrätin,
CVP, Luzern

ren. Familien mit wenig Einkommen profitieren schon heute von der staatlichen Umverteilung, während der Mittelstand als Verlierer dasteht und bezahlt. Dies wollen wir mit dieser Steuerbefreiung ändern.

Es wird mit rund 1 Milliarde Franken Steuerausfällen gerechnet. Die Gegner finden, jetzt sei der falsche Zeitpunkt, um diese Initiative umzusetzen. Wir finden aber, wenn man ein Zeichen für die Familien setzen will, dann muss man jetzt Ja sagen. Interessant ist, dass die linken Parteien diese Vorlage in den Kantonen Aargau und St. Gallen unterstützt haben und jetzt wieder bekämpfen.

Die CVP findet, man sollte jetzt die Chance packen, Kinder- und Ausbildungszulagen von den Steuern zu befreien und Familien und ganz besonders den Mittelstand zu stärken. Darum empfehle ich, am 8. März Ja zu stimmen.

Die CVP-Initiative klingt sympathisch: Wer möchte nicht die Familien stärken? Aber wird dieses Ziel auch erreicht? Bei der direkten Bundessteuer geht die Hälfte der Familien leer aus. Hier würden nur die hohen Einkommen entlastet, was zu jährlichen Steuerausfällen von rund 200 Millionen Franken führt. Dem Anliegen der Familienstärkung hat der Bund 2011 mit höheren Steuerabzügen und dem Elterntarif Rechnung getragen, des-



Prisca Birrer-Heimo,
Nationalrätin,
SP, Luzern

trifft vielfach Familien, auch in den Gemeinden. Gebühren werden erhöht, Beiträge für Vereine oder Freizeiteinrichtungen gekürzt. Und dass mit der Initiative mehr Familien von Prämienverbilligung oder Stipendien profitieren könnten, ist realitätsfremd. Der Topf wird nicht grösser! Mit der Initiative wird einigen Familien etwas in die eine Tasche gegeben, um es wieder aus der anderen zu nehmen. Eine Kaufkraftsteigerung haben nur wenige. Wer viel verdient, erhält mehr und kann Sparpakete besser verkräften. Familien mit kleineren Einkommen werden die Verlierer sein.

Die Initiative ist nicht nur familien- und finanzpolitisch, sondern auch steuersystematisch falsch. Wenn Zulagen, die Lohnbestandteile sind, steuerbefreit werden, wird Tür und Tor geöffnet, auch andere Einkommen steuerfrei zu machen. Damit wird die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit untergraben und der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet.

PRO

CONTRA

Arbeitgebern entrichtet, um diese Mehrbelastung zu mindern. Unser aktuelles Steuersystem lässt aber 20 Prozent der Familienzulagen über die Steuern wieder in die Staatskasse fließen. Die Familienzulagen kommen einer Lohnerhöhung gleich und lassen Familien in eine höhere Steuerprogression rutschen – nur weil sie Kinder haben. Das ist ein Unsinn. Die CVP will, dass Familien von der ganzen Zulage vollumfänglich profitieren können und damit auch die Kaufkraft der Familien steigt.

Rund eine Million Familien würden von dieser Initiative profitie-

halb bezahlen heute 50 Prozent der Familien keine Bundessteuern mehr.

Auch im Kanton Luzern werden seit den letzten Steuerreformen die Familien mit Tarifkorrekturen, höheren Kinder-, Ausbildungs- und Betreuungszulagen entlastet. Die Initiative würde auf Kantons- und Gemeindeebene in Luzern zu weiteren Steuerausfällen von 32 Millionen Franken führen, schweizweit 760 Millionen Franken. Diese Ausfälle müssen gegenfinanziert werden – mit Sparpaketen! Gespart wird dann bei der Bildung, der Prämienverbilligung, bei sozialen Einrichtungen, zum Beispiel für behinderte Menschen. Das